

Anmerkungen zum Szenario „Sicherheit neu denken“ (Podiumsdiskussion 28.4.2018) von Ute Finckh-Krämer

Leitfrage: Wo sehen Sie die Stärken und Schwächen des Positivszenarios?

Es wird klar herausgearbeitet, dass das, was man nach außen vermitteln will, im eigenen Land gelebt werden muss. Der Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wird gut dargestellt. Durch die Zusammenstellung vieler wichtiger Grundlagenpapiere und vorhandener Institutionen wird deutlich, was bei weiterer Unterstützung des in den letzten 20 Jahren Entstandenen erreicht werden könnte.

Die Szenarien sind stark an den in der Öffentlichkeit diskutierten klassischen Bedrohungsvorstellungen orientiert, bei denen Angriffe oder Drohungen mit dem Einsatz von Soldaten und Kriegswaffen auf Deutschland oder andere NATO-Staaten im Vordergrund stehen oder klassische Bürgerkriege oder Kriege in der unmittelbaren Nachbarschaft irgendwie auf die EU oder NATO-Staaten „übergreifen“. In der sicherheitspolitischen Fachöffentlichkeit wird jedoch zunehmend darüber diskutiert, dass mit Cyberangriffen und Terroranschlägen einem Land wie Deutschland so große Schäden zugefügt werden können, dass diese mit den Folgen eines militärischen Angriffs vergleichbar sind. Daher sollte im Zweifelsfall klar gemacht werden, dass das Szenario in erster Linie auf die in der Öffentlichkeit dominierenden Bedrohungsszenarien abgestimmt ist.

In jedem Fall sollte deutlich gemacht werden, was die verschiedenen Elemente von „Staatlicher Gewalt“ sind und warum eines davon – Militär – im 21. Jahrhundert verzichtbar ist. Hierbei kann auch auf die Erklärung von „Ohne Rüstung Leben“ verwiesen werden, die 1977, mitten in der Aufrüstungsdynamik des Kalten Krieges, klar zwischen Militär und Polizei unterschieden hat. Der Schutz kritischer ziviler Infrastrukturen ist eine Aufgabe ziviler Sicherheitsbehörden – auch das sollte immer wieder betont werden.

Ergänzt werden sollten die klassischen Vertragsregime und ihre Weiterentwicklung, insbesondere der INF-Vertrag (Verbot landgestützter Mittelstreckenwaffen in Europa inkl. der ehemaligen Sowjetunion), der New START-Vertrag (Beschränkung strategischer Nuklearwaffensysteme der USA und Russlands), der CTBT (Verbot von Nukleartests), das Chemiewaffenübereinkommen. Deutschland engagiert sich stark für diese Verträge. Ebenso für die Abkommen über Vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), insbesondere das „Wiener Dokument“ über Inspektionen militärischer Einrichtungen und Manöverbeobachtungen und für den „Vertrag über den Offenen Himmel“, der Beobachtungsflüge nach bestimmten Regeln ermöglicht. Auch die Unterstützung von friedenspolitisch relevanten Einrichtungen im VN-Bereich wie der „Mediation Support Unit“ oder der „Peace Building Commission“ können das Szenario ergänzen. Der Verweis auf die VN-Resolution 1325 (Frauen und Frieden) sollte stärker betont werden, durch die ausführliche Studie von UN Women aus dem Jahr 2015 ist deutlich geworden, wie entscheidend die Rolle von Frauen in Friedensprozessen ist.

In Bezug auf die weltweite Friedensförderung sollten bei einem Szenario, das mehr als 20 Jahre umfasst, auch mögliche Impulse aus dem Globalen Süden vorkommen. Costa Rica ist mit der Abschaffung seiner Armee gut gefahren – das könnte andere Staaten motivieren, diesem Beispiel zu folgen. Eine Rückbesinnung auf große Friedenskämpfer in anderen Weltreligionen könnte nationalistische und fundamentalistische Tendenzen in manchen Ländern wieder zurückdrängen - auch und gerade, wenn aus den europäischen Mitgliedskirchen des ÖRK der interreligiöse Friedensdialog vorangetrieben wird.

Im Szenario werden durchgehend „Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande“ als die treibenden Kräfte für das Umsteuern angesehen. Es gibt aber noch andere europäische Staaten, die friedenspolitisches Potenzial mitbringen. Dazu gehört Irland, das sich wie Österreich intensiv für den Atomwaffenverbotsvertrag engagiert hat, der im Sommer 2017 beschlossen wurde. Auch Norwegen könnte eine wichtige Rolle spielen: die erste Konferenz zu den humanitären Folgen von Atomwaffen hat in Oslo stattgefunden. Norwegen hat eine lange Tradition des Kleinen Grenzverkehrs mit Russland und ist stolz darauf, dass der Friedensnobelpreis von einem norwegischen Komitee vergeben wird.

In der OSZE spielen die Schweiz und Finnland eine wichtige Rolle. Die eingefrorenen Konflikte, die es in europäischen Staaten gibt, insbesondere auf dem Balkan, in Moldawien und Georgien, könnten diese Staaten motivieren, sich für friedensfördernde Strukturen zu engagieren, um Unterstützung für die Lösung dieser Konflikte zu erhalten.

Schließlich könnte der „Global Peacebuilder Summit“, der 2016 und 2017 in Deutschland jeweils etwa 30 Friedensstifterinnen und Friedensstifter aus Konfliktregionen zusammengeführt hat, in den nächsten Jahren nicht nur fortgesetzt, sondern auch zu einem breiteren Prozess zur Unterstützung und Vernetzung von Menschen, die sich in ihren Ländern für Frieden einsetzen, weiterentwickelt werden.

Leitfrage: Wo sehen Sie Chancen für eine Realisierung von einzelnen Aspekten des Positivszenarios?

Die Chancen für erhebliche Fortschritte im Klimaschutz sind gut – es gibt dafür weltweit starke Unterstützung nicht nur durch Nichtregierungsorganisationen und einzelne Regierungen, sondern auch im wissenschaftlichen Bereich.

Auch die Chancen auf eine massive Reduzierung des Kleinwaffenhandels sind gut – die negativen Auswirkungen treffen ja nicht nur Kriegs- und Bürgerkriegsländer, sondern haben auch in den USA massive Proteste von jungen Menschen gegen die vielen Schusswaffen-Toten im eigenen Land ausgelöst.

Durch die Kopplung von zusätzlichen Erhöhungen der Militärausgaben an eine Erhöhung der sogenannten ODA-Ausgaben (Official Development Assistance) in gleicher Höhe im aktuellen Koalitionsvertrag gibt es zumindest in den nächsten Jahren mehr Geld für den Ausbau der zivilen Instrumente, auch wenn die Erhöhung der Militärausgaben für die Umsetzung des Positivszenarios insgesamt kontraproduktiv ist.

Leitfrage: Welche Möglichkeiten sehen Sie, das Trendszenario oder das Negativszenario aufzuhalten?

Starke Zivilgesellschaften, die in Jahrzehnten oder Jahrhunderten gewachsen sind, lassen sich nicht so einfach von einer antidemokratischen Minderheit übernehmen.

Es gibt eine gute Chance auf eine engere Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kirchen, Gewerkschaften, um den geschilderten Trend oder gar das Negativszenario aufzuhalten.

Wichtig ist der konstruktive Dialog mit denjenigen, die eine Militarisierung der deutschen Außenpolitik für unumgänglich halten – dazu können die Kirchen einen wichtigen Beitrag leisten.

Auch ein stärkeres Engagement für „ZKB im Inland“ kann die Negativtrends stoppen.

Erste Erfolge der Integration von syrischen Mittelschichtsflüchtlingen sind bereits sichtbar, darauf kann mit Erfolg hingewiesen werden.

Die Ernüchterung darüber, was Militär bewirken kann, wächst weiter (Irak, Syrien, Mali).

Die Vereinten Nationen sind besser als ihr Ruf – das zeigt sich immer wieder.

Wichtig ist, zu argumentieren statt zu skandalisieren – damit sinkt die Unterstützung für diejenigen, die ihr politisches Kapital aus Angst und Abwehr von Unbekanntem ziehen.

Auch eine differenzierte Betrachtung der USA relativiert das Trend- und das Negativszenario - die US-Bundesstaaten betreiben z.T. eine völlig andere Politik als der Präsident und die Kongressmehrheit, sowohl in der Klimapolitik als auch im Umgang mit Migration aus Lateinamerika.